



Ausschuss für Frauenpolitik

22. Sitzung (öffentlich)

15. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.45 Uhr

Vorsitz: Gerda Kieninger (SPD)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Aktuelle Viertelstunde	
<u>Thema:</u> Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche bei Minderjährigen	1
- Bericht von StS'in Prüfer-Storcks (MGSFF)	1
- Bericht von LMR Dr. Thöneböhn (MSKJ)	3
- Aussprache	4
2 Aktuelle Viertelstunde	
<u>Thema:</u> Umsetzung der Beschlüsse zum Landesaktionsplan in den Bereichen	
a) Evaluierung Polizeigesetz	
b) Justiz	8
- Berichte von KOR'in Fahrenholz (IM), LPD Mathies und RD Fischer (IM)	9

- Bericht von RiOLG Dr. Jurgeleit (JM) 11
- Aussprache 13

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2800

1. Ergänzung
Drucksache 13/3150

Vorlagen 13/1641 und 13/1791

Einzelberatung der frauenpolitisch relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit - sowie der Beilage 2 zu Einzelplan 11 (betrifft Einzelpläne 03, 04, 05, 08, 10, 11, 14 und 15)

16

Einzelfragen aus der CDU-Fraktion werden von den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung beantwortet.

Nach kurzer Diskussion wird vereinbart, die Abstimmungssitzung am 29. November, 11.30 Uhr, durchzuführen.

4 "Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen"

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713

dazu:

Gender Mainstreaming - Geschlechtergerechtigkeit in der Landespolitik und in den Landesverwaltungen umsetzen

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2374

Vorlagen 13/652, 13/763, 13/765, 13/923, 13/928, 13/1011, 13/1170,
13/1212, 13/1233, 13/1235 und 13/1237

Ausschussprotokoll 13/513

19

Der Ausschuss **erklärt** ohne weitere Aussprache den **Antrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/713** und den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2374** einstimmig für erledigt.

Sodann empfiehlt er dem Landtag einstimmig, den **Entschließungsantrag** aller vier Fraktionen **Drucksache 13/3225** anzunehmen.

Berichterstatterin: Gerda Kieninger (SPD)

5 Ehrenamt stärken - aktive Bürgergesellschaft aufbauen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/896

In Verbindung damit:

Landesnachweis "Engagiert im sozialen Ehrenamt" auch auf kulturelle, sportliche und andere ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche übertragen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2492

20

Die Beratung wird vertagt.

6 Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3014

20

Die Beratung wird vertagt.

7 Verschiedenes**a) Fachtagung "Kinder in Gewaltbeziehungen" vom 31. Oktober 2002**

20

- Bericht durch StS'in Prüfer-Storcks (MGSFF)

20

- Aussprache

21

b) Unternehmerinnenbrief NRW

22

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von MDgtin Zimmermann-Schwartz (MGSFF) entgegen.

c) Einführung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/2637

Vorlage 13/1786

24

Der Ausschuss wünscht einvernehmlich, an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich beteiligt zu werden.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2800

1. Ergänzung
Drucksache 13/3150

Vorlagen 13/1641 und 13/1791

Einzelberatung der frauenpolitisch relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit - sowie der Beilage 2 zu Einzelplan 11 (betrifft Einzelpläne 03, 04, 05, 08, 10, 11, 14 und 15)

Regina van Dinther (CDU) spricht erstens den Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit - Kap. 11 030 Titel 531 63 - an, der auf Null gesetzt worden sei; andererseits seien die Ausgaben aber gegenseitig deckungsfähig. Die CDU-Fraktion möchte wissen, ob die Landesregierung Ausgaben im Rahmen des Umfangs des Vorjahres plane oder wirklich bis auf Null heruntergehen wolle.

Zweitens fragt sie zum Hochschulbereich, ob die Bedingungen für die Juniorprofessur so ausgestaltet seien, dass dem Interesse der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung getragen werde.

Drittens: Zur Weiterbildung der Frauen im ländlichen Raum und Unterstützung der "Servicebüros Landfrauen" wüsste sie angesichts der geplanten Kürzungen gerne, wie es weitergehen solle.

Viertens bitte sie zu den Mitteln für Existenzgründungen, die um insgesamt 3 Millionen € gekürzt werden sollten, um Auskunft, inwieweit Frauen davon betroffen seien. Sie erinnere an das neue Instrument "Unternehmerinnenbrief".

Fünftens: Sie habe festgestellt, dass, obwohl alle Fraktionen das Ehrenamt hoch bewerteten, bei der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements - Kap. 11 050 Titel 684 90, Unter- teil 2 -, wozu die Freiwilligenagenturen gehörten, deutliche Kürzungen vorgenommen werden sollten. Sie frage sich, ob das nicht gerade die Frauen zu stark belaste.

Staatssekretärin Prüfer-Storcks (MGSFF) antwortet auf die erste Frage, die Ausbringung eines Strichansatzes bei der Öffentlichkeitsarbeit und mehreren anderen Titeln in den Titelgruppen 61, 62 und 63 bedeute eine Anpassung an die in anderen Bereichen seit Jahren übliche Systematik. Alle Ausgaben der Titelgruppe seien gegenseitig deckungsfähig. Es werde so verfahren, weil zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch niemand genau sagen könne,

wie viele Mittel im Einzelnen für Öffentlichkeitsarbeit, Untersuchungsvorhaben, Veranstaltungen usw. tatsächlich benötigt würden.

Sie gehe aber davon aus, dass sich die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit im nächsten Jahr in dem Rahmen bewegen würden, in dem das Ministerium immer Öffentlichkeitsarbeit betrieben habe. Es sollten einige Veranstaltungen durchgeführt und dokumentiert werden. Soweit Untersuchungen erfolgten, sollten die Ergebnisse selbstverständlich auch veröffentlicht werden, um Transparenz herzustellen und sie allgemein zugänglich zu machen.

Zur vierten Frage: Der "Unternehmerinnenrundbrief" werde nicht aus dem Ansatz für Existenzgründungen finanziert. Vielmehr werde er aus dem Haushalt des Frauenministeriums gefördert, sodass er von Kürzungen im Haushalt des Wirtschaftsministeriums nicht betroffen sei.

Zur fünften Frage führt die Staatssekretärin aus, im Bereich des Landesaltenplans - Kap. 11 050 Titelgruppe 90 - gebe es in der Tat eine Kürzung. Das heiße jedoch nicht, dass die Freiwilligenzentralen nicht weiterhin gefördert würden. Allerdings gebe es keinen Spielraum für die Aufnahme neuer Projekte. Bei den Freiwilligenzentralen handele es sich im Übrigen um mehrjährige Modellprojekte, die irgendwann zu Ende gingen.

RA Küppers (MWF) bittet Frau van Dinther, die zweite Frage, die die Juniorprofessuren betreffe, zu präzisieren. Im Stellenhaushalt seien noch keine Juniorprofessuren ausgebracht. Es gebe jetzt aber vorgezogene Professuren an den Hochschulen, die aus UMTS-Mitteln des Bundes finanziert würden. Das Ministerium sei auch im Hinblick auf die Besetzung von Professorenstellen mit Frauen im Rahmen der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes aktiv.

Regina van Dinther (CDU) geht davon aus, dass Juniorprofessuren für Frauen besonders interessant sein könnten, und möchte deshalb wissen, ob darauf geachtet werde, dass frauentypische Anliegen, z. B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, berücksichtigt würden, sodass Frauen tatsächlich zum Zuge kämen.

Der Qualifizierungsweg der Juniorprofessur werde für Frauen von großem Interesse sein, antwortet **RA Küppers (MWF)**. Derzeit werde über die Ausstattung der Professuren und über die Stellenausschreibungen mit den Hochschulen gesprochen. In Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen sei man dabei, über Zielvereinbarungen die Rahmenbedingungen insoweit zu verbessern. Möglicherweise werde auch aus dem Fachprogramm "Chancengleichheit" eine mit einer Frau besetzte Professorenstelle mit einer gewissen Ausstattung versehen, sodass für die Hochschulen ein Anreiz bestehe, sich in dieser Hinsicht zu engagieren.

Im Übrigen sei das Ministerium mit seinen Maßnahmen zur Nachwuchsförderung im Hochschulbereich bestrebt, mehr Frauen zu qualifizieren, die dann bei den Berufungsverfahren der Hochschulen, wenn es um Eignung, Leistung und Befähigung gehe, aussichtsreiche Plätze erreichten.

Ausschuss für Frauenpolitik
22. Sitzung (öffentlich)

15.11.2002
ei-be

Zur dritten Frage bestätigt **RD'in Köth-Jahr (MUNLV)**, dass es bei Kapitel 10 030 Titel 684 65 - Weiterbildung für Frauen in der Landwirtschaft, im ländlichen Raum und Aktionsprogramm "Frau und Beruf" und Unterstützung der "Servicebüros Landfrauen" - eine Kürzung um 30.000 € geben werde. Hintergrund sei, dass dafür nicht mehr Mittel benötigt würden. Falls der Ansatz im nächsten Jahr jedoch nicht ausreichen sollte, bestehe die Möglichkeit, Projekte für Landfrauen im Rahmen des Programms "Ländlicher Raum" zu fördern.

Vorsitzende Gerda Kieninger stellt fest, dass es keine weiteren Fragen zum Haushalt gebe, und bittet die Fraktionen, im Hinblick auf die für den 29. November geplante Abstimmungs-sitzung Änderungsanträge bis spätestens zum 27. November dem Ausschusssekretariat zu übermitteln.

Regina van Dinther (CDU) problematisiert, ob der vorgesehene Termin der Abstimmung überhaupt zustande kommen könne, weil man ja aufgrund der neuen Steuerschätzung noch auf die zweite Ergänzungsvorlage warte. Erschwerend komme hinzu, dass einige Abgeordnete zur Einweihung der neuen NRW-Landesvertretung am Abend des 28. November in Berlin seien.

Marianne Hürten (GRÜNE) bittet dringend, an dem zeitlichen Fahrplan festzuhalten. Sicherlich ergäben sich aus der Steuerschätzung gravierende Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen; diese sollten aber im Landtag insgesamt diskutiert werden. Wenn der Haushalt nicht rechtzeitig verabschiedet werde, ergäben sich große Probleme gerade für viele Einrichtungen im Frauenbereich, die auf Landesmittel angewiesen seien.

Renate Drewke (SPD) plädiert ebenfalls dafür, bei dem Zeitplan zu bleiben. Wenn sich aus der zweiten Ergänzungsvorlage etwas anderes ergeben sollte, könne man sich gegebenenfalls in der nächsten Woche kurzfristig abstimmen.

Vorsitzende Gerda Kieninger macht darauf aufmerksam, dass im Hinblick auf die Vorgabe des Haushalts- und Finanzausschusses die abschließende Beratung spätestens am 29. November durchgeführt werden müsse, dass man aber im Hinblick auf die Mitglieder, die am Vorabend in Berlin seien, etwas später beginnen könne. - Dafür plädiert auch **Brigitte Capune-Kitka (FDP)**.

Die **Vorsitzende** legt daraufhin fest, am 29. November um 11.30 Uhr mit der Sitzung zu beginnen, und schlägt weiter vor, Änderungsanträge, die die frauenpolitischen Leistungen anderer Ressorts betreffen, wie in den Vorjahren in den jeweiligen Fachausschüssen zu stellen. Falls die Fraktionen insoweit doch eine Beschlussfassung des Frauenausschusses für erforderlich hielten, bitte sie um einen Hinweis bis zum 27. November.